

April

2020

# SOVD *Magazin*

*Herausgegeben vom Sozialverband Deutschland*



**Gemeinsam die Krise überwinden**

**SoVD-Mitglieder**

**beweisen Zusammenhalt**

## Eine starke Gemeinschaft

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) vertritt die Interessen der Rentner, der Patienten und gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Wir setzen uns für Ihre Rechte ein und bieten unseren Mitgliedern Beratungsstellen in ganz Deutschland. Dort erhalten sie Hilfe bei Fragen zur gesetzlichen Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung oder in behindertenrechtlichen Dingen. Soziale Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir setzen uns für den Ausbau und den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme ein.



Der Sozialstaat ist ein wichtiges Auffangnetz für die Menschen – das zeigt sich gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen. Uns geht es auch um Chancengleichheit, zum Beispiel um die Bildung und Ausbildung, die unsere Gesellschaft behinderten und benachteiligten Kindern und Jugendlichen bietet.

Der SoVD ist eine starke Gemeinschaft mit rund 600.000 Mitgliedern. Bei uns können Sie sich engagieren und mit anderen gemeinsam aktiv werden. Einer von über 2.000 Ortsverbänden befindet sich bestimmt auch in Ihrer Nähe.



Die bundesweit über 600.000 Mitglieder des SoVD bilden eine starke Gemeinschaft.

## Gesetz zu Intensivpflege

Nach Protesten wurde nachgebessert, der neue Gesetzentwurf enthält jedoch leider weiterhin Nachteile.

Seite 12 – 15



## Solidarität geboten

SoVD fordert bei der Bekämpfung der Coronakrise eine gerechte Verteilung der Lasten.

Seite 28 – 35



## Mietverzug durch Corona

Die SoVD-Tochter meravis Wohnungsbau- und Immobilien GmbH unterstützt ihre Mieter\*innen in der Krise.

Seite 42 – 45

Titelbild: Aron M - Austria / Adobe Stock



## Gemeinsam durch die Krise

Der SoVD und seine Mitglieder beweisen Zusammenhalt in einer schweren Zeit.

Seite 16 – 23



## Rentenpolitik ab 2025

Nachdem die Rentenkommission ihren Bericht vorgelegt hat, fordert der SoVD eine Erhöhung des Rentenniveaus.

Seite 36 – 41



**Pandemie erfordert weitreichende Maßnahmen für alle – Vorsicht und Rücksicht als soziale Aufgabe**

# Zusammenhalten gegen das neue Coronavirus

Leere Straßen und Regale, geschlossene Schulen, Kitas, Einrichtungen, Läden, Lokale und Betriebe, keine Veranstaltungen, Kontaktvermeidung, täglich bis stündlich neue Zahlen und Informationen: Das Coronavirus SARS-CoV-2 hat Europa und Deutschland erreicht. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) erklärte es am 11. März zur Pandemie. Viele Menschen sind verunsichert: Wie ernst ist die Bedrohung? Was ist Fakt? Welches Verhalten ist richtig? – Hier geht es auch darum, solidarisch zu sein.

Foto: Rawpixel.com / Adobe Stock

**Deutsche Krankenhäuser haben nur begrenzt Plätze auf Intensivstationen. Auch sonst ist die medizinische Versorgung stark gefordert.**

Etliche Maßnahmen sollen die Ausbreitung bremsen, um das Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Auch der SoVD traf Vorsorge zum Schutz von Mitgliedern, Mitarbeitenden und Funktionsträger\*innen. Der Bundesverband und viele Landesverbände sagten alle Veranstaltungen bis mindestens 30. April ab. Das Virus kann Symptome ähnlich einem grippalen Infekt erzeugen, ist sehr ansteckend, verläuft unterschiedlich – meist harmlos – und es gibt noch keine Impfung oder spezielle Medikation.

Bei vielen Menschen führt das dazu, dass sie in Sorge geraten. Neben Lebensmitteln, Toilettenpapier oder anderem Bedarf kauften sie auch Desinfektionsmittel und Atemschutzmasken auf.

### Rücksicht und Solidarität

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, trotz der Sorge um die eigene Gesundheit zusammenzuhalten und Rücksicht zu nehmen. Das betrifft nicht nur, aber vor allem besonders schützenswerte Personen: etwa Alte, Kranke, Kinder, Menschen

mit Einschränkungen oder schwacher Immunabwehr. Eine Aufgabe ist jetzt, sozial und menschlich zu bleiben. Gerade auch bei einer Pandemie sind Ausgrenzung, Schuldzuweisung und Stigmatisierung, aber auch Egoismus zu vermeiden. Die großen Anforderungen, vor allem an das Gesundheitssystem, lassen sich nur gesamtgesellschaftlich und solidarisch bewältigen.

Alle können auch helfen, die Ausbreitung zu verlangsamen. Das gewinnt Zeit und schont Kapazitäten. Vorsorge für sich und andere ist nicht nur durch Kontaktverzicht, sondern vor allem durch Hygiene möglich.

### Vorsorgemaßnahmen

Der wichtigste Schutz, auch gegen andere Viren wie Grippe, heißt: erstens Abstand halten, zweitens Hände waschen! Das sollte man oft, gründlich, mit viel Wasser und Seife tun – von allen Seiten, mindestens 20 bis 30 Sekunden, und zwar unter anderem:

- nach dem Naseputzen, Niesen oder Husten,



- wenn man von draußen kommt,
- vor und bei dem Essenmachen,
- vor dem Essen,
- nach dem Toilettengang,
- nach Kontakt mit Kranken,
- vor und nach Berühren infektiöser Flächen oder Wunden.
- Ringe sollte man dabei ablegen, dann die Hände mit einem sauberen Tuch gut abtrocknen.

Wichtig ist auch, sich nicht ins Gesicht zu fassen, vor allem unterwegs. Das verhindert, dass Keime von den Händen auf der Haut nahe den Atemwegen und Schleimhäuten landen.

Niesen oder husten sollte man in ein Taschentuch oder die Armbeuge, statt sich, wie es früher hieß, die Hand vorzuhalten. Auch regelmäßiges Lüften ist gut.

Foto: Maridav / Adobe Stock

**Grundlegende Regel zum Schutz vor Infektionen: niest wird am besten in die eigene Armbeuge!**

Desinfektionsmittel eignet sich als zusätzliche Vorsorge; aber nur, wenn es richtig angewendet wird. Atemmasken hingegen schützen in der Regel nicht die, die sie tragen, sondern andere vor deren Keimen. Allerdings können für Immunschwache, etwa Krebspatient\*innen in einer Chemotherapie, bestimmte Maskenarten hilfreich sein.

#### Verwirrung über Namen

Oft gehen Begriffe durcheinander. Das Virus, also der Erreger, der jetzt unterwegs ist, heißt korrekt SARS-CoV-2. Es löst die Krankheit COVID-19 aus, die vor allem die Atemwege betrifft.

In Medien und Öffentlichkeit ist meist der Einfachheit halber nur die Rede von „Corona“ oder „dem Coronavirus“. Doch Viren verschiedener Stämme mit der Bezeichnung „Corona“ sind schon lange im Umlauf. Sie unterscheiden sich im Krankheitsbild und darin, wie ansteckend sie sind. Zudem sind sie mit SARS und MERS verwandt: Auch die SARS-Pandemie 2002/2003, die entgegen Prognosen Deutsch-

land nicht erreichte, stammte von einem Virus der Corona-Familie.

#### Informationen gut prüfen

Es handelt sich also einfach um einen neuen Typ eines bekannten Erregers. Das Besondere ist nicht nur, dass er sehr ansteckend ist, sondern auch, dass er eben neu ist: Unser Immunsystem kennt ihn noch nicht und die Gefahr ist schwer einschätzbar. Darum gibt es teils widersprüchliche Angaben und Annahmen.

Bei Unsicherheit empfiehlt es sich, sich nicht „irgendwo“ zu informieren, sondern etwa bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung oder beim Robert Koch-Institut. Das veröffentlicht auf [www.rki.de](http://www.rki.de) immer aktuell Fakten, Zahlen, Maßnahmen und die Risikobewertung inklusive regionaler Unterschiede. Telefonisch informieren auch Corona-Hotlines

#### Was tun bei Verdacht?

Die Infektion zeigt sich oft wie eine Grippe: mit trockenem Husten, Fieber, Halsweh, Schnupfen und Abgeschlagenheit. Möglich sind auch Atemprobleme, Kopf- und Gliederschmerzen,

Übelkeit, Durchfall und Schüttelfrost. Vereinzelt gab es „atypische“ Verläufe.

Wer in einem Risikogebiet war oder Kontakt zu eventuell Infizierten hatte und binnen 14 Tagen Symptome entwickelt, sollte anrufen bei:

- der Nummer 116 117 oder einer Corona-Hotline,
- dem Gesundheitsamt,
- Ärztin oder Arzt oder
- lokalen Corona-Anlaufstellen.

Wer aber direkten Kontakt zu einer Person hatte, bei der SARS-CoV-2 sicher nachgewiesen ist, sollte auch ohne Symptome so handeln – und bis zu anderer Anweisung zu Hause bleiben. Es ist nicht rücksichtsvoll, in eine Praxis zu fahren und vielleicht andere anzustecken.

Foto: NIAID/wiki commons cc-by-2.0

**Unter dem Elektronenmikroskop sieht SARS-CoV-2 (gelb eingefärbt) netter aus, als es ist.**

### Hier gibt es mehr Infos

#### Internet:

- Robert Koch-Institut: [www.rki.de](http://www.rki.de),
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung: [www.bzga.de](http://www.bzga.de) und [www.infektionsschutz.de](http://www.infektionsschutz.de),
- Bundesgesundheitsministerium: [www.bundesgesundheitsministerium.de](http://www.bundesgesundheitsministerium.de).

#### ärztlicher Bereitschaftsdienst,

Tel.: 116 117 bundesweit.

#### Corona-Hotlines bundesweit:

- Behördennummer 115;
- Unabhängige Patientenberatung (UPD),  
Tel.: 0800/011 77 22;
- Bundesgesundheitsministerium,  
Tel.: 030/34 64 65 100,  
für Gehörlose Fax: 030/340 60 66 07,  
E-Mail: [info.deaf@bmg.bund.de](mailto:info.deaf@bmg.bund.de)  
und Videotel.: <https://gebaerdentelefon.de/bmg/>.

#### Corona-Hotlines der Bundesländer:

- Baden-Württemberg: 0711/904 39 555;
- Bayern: 09131/68 08 51 01;
- Berlin: 030/90 28 28 28;
- Brandenburg: 0331/86 83 777;

- Bremen: 0421/36 11 51 13, 0421/115;
- Hamburg: 040/42 82 84 000;
- Hessen: 0800/555 46 66;
- Mecklenburg-Vorpommern: 0385/588 58 88;
- Niedersachsen: 0511/450 55 55;
- Nordrhein-Westfalen: 0211/91 19 10 01;
- Rheinland-Pfalz: 0800/575 81 00;
- Saarland: 0681/501 44 22;
- Sachsen: 03421/758 55-55, -56;
- Sachsen-Anhalt: 0391/25 64 222;
- Schleswig-Holstein: 0431/79 70 00 01;
- Thüringen: 0361/573 81 50 99.


Foto: Marina Andrejchenko/Adobe Stock

**Gegen Einsamkeit und ihre gefährlichen Folgen kann oftmals schon ein Anruf helfen.**

Proteste hatten überarbeiteten Gesetzentwurf zur Folge – dieser enthält weiterhin Nachteile für Betroffene

## Intensivpflege zu Hause: alles andere als gestärkt

Das Kabinett stimmte dem nachgebesserten „Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz“ (IPReG) zu, nun sind Bundestag und Bundesrat gefragt. Stärken sollte die ursprüngliche Version die stationäre Pflege, ambulant Behandelten jedoch drohten massive Einschränkungen. SoVD und andere Verbände protestierten. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) stellte den jetzigen Entwurf vor – er enttäuscht.



Vom Abitur  
ins Pflegeheim?  
NIEMALS!

Foto: Anna Spindelndreier / Gesellschaftsbilder

Wie andere Menschen, wollen selbstverständlich auch Reha- und Pflegebedürftige ihren Wohnort selbst bestimmen.

Eine Regelung stieß beim SoVD seit Beginn auf Widerstand. Sie beträfe zum Beispiel an Nerven- oder Muskelleiden wie ALS oder Muskeldystrophie Erkrankte, die Beatmung brauchen, Wachkoma-Patient\*innen, Menschen mit schweren Verbrennungen, schweren internistischen Krankheiten- und viele andere.

Das Gesundheitsministerium plante, intensivmedizinische Pflege solle es nicht mehr zu Hause, sondern nur noch in Pflegeheimen geben. Wenige Ausnahmen waren vorgesehen, etwa für Minderjährige. Gegen den Entwurf vom Sommer 2019, damals „Reha- und Intensivpflege-Stärkungsgesetz“ (RISG), gab es eine enorme Kritikwelle. Beatmete und andere Intensivpflegebedürftige fürchteten, Krankenkassen könnten sie zum Umzug ins Heim zwingen. Nach vielen Protesten, Schreiben und Anhörungen besserte Spahn nach.

#### **Sorge vor Heimzwang**

Jetzt soll Pflege auch zu Hause möglich sein. Allerdings müssen Betroffene die Voraussetzungen dafür nachweisen. Darum bleibt

ihre Sorge, gegen ihren Willen in eine Einrichtung zu sollen.

So soll der Medizinische Dienst (MD) jährlich bescheinigen, dass die Versorgung in der Wohnung „tatsächlich und dauerhaft“ gesichert ist. Nicht die Krankenkassen, sondern die Pflegebedürftigen hätten die „Sicherstellungspflicht“. Das kritisiert der SoVD. Statt Missstände des Pflegedienstes bei der Kasse zu melden, könnten Betroffene sie hinnehmen – aus Angst, etwas in Gang

zu setzen, wodurch sie am Ende aus ihrer Wohnung müssen.

Der SoVD fordert einen klaren Sicherstellungsauftrag der Krankenkassen für ambulante intensivmedizinische Pflege. Sie müssen für bundesweit einheitliche, flächendeckende und qualitätsgesicherte Angebote sorgen. Sonst ist die Gefahr, dass sie eine Versorgung zu Hause ablehnen und einfach auf eine Einrichtung verweisen. Das würde das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben erheblich einschränken.

#### **Qualität und gerechte Kosten**

Zudem sieht der SoVD alle Pflegeeinrichtungen – ob ambulant, stationär oder Wohngemeinschaften – in der Pflicht, nachzuweisen, dass sie gute Intensivpflege gewährleisten. Das muss der MD regelmäßig prüfen.

Ein weiteres Problem: Intensivpflegebedürftige zahlen bei den Kosten dazu, und zwar bei Pflege zu Hause zehn Prozent für bisher maximal 28 Tage im Jahr. Die zeitliche Grenze soll künftig nicht mehr gelten. Das bedeutet große Mehrbelastungen. Diese Verschlechterung lehnt der SoVD ab.

Foto: Anna Spindelndreier / Gesellschaftsbilder

**Mehr als 60 Personen mit und ohne Behinderungen nutzten den Tag der offenen Tür im Bundesministerium für Gesundheit für ihren Protest.**



**SoVD-Mitglieder halten in schweren Zeiten zusammen – Verband bleibt handlungsfähig**

## Gemeinsam die Krise überwinden

Seit über 100 Jahren sind die Mitglieder im SoVD füreinander da und beweisen Zusammenhalt. Diese starke Gemeinschaft wird auf eine harte Probe gestellt: Ältere und Schwächere sind mehr denn je auf die Unterstützung der Jüngeren und Stärkeren angewiesen. Mit Kreativität und Mut trotzen die Menschen im SoVD dabei den schwierigen Bedingungen des Alltag. Selten zuvor waren Solidarität und ehrenamtliches Engagement wichtiger.

Bereits zu Beginn der Krise rief SoVD-Präsident Adolf Bauer zu Eigeninitiative auf. Der Verband wolle so lange wie möglich als verlässlicher Ansprechpartner für seine Mitglieder da sein. Den gerade für das Gemeinschaftsleben so wichtigen persönlichen Kontakt in den Ortsverbänden oder auch in der Rechtsberatung ersetzte der SoVD durch telefonische Sprechstunden oder durch die Kommunikation per E-Mail. Dafür, dass Veranstaltungen ausfielen oder verschoben werden

mussten, zeigten Mitglieder uneingeschränkt Verständnis. Mehr noch, vielerorts entwickelten Menschen eigene Ideen, um andere zu unterstützen. Sie organisierten Einkaufshilfen oder hielten per Telefon den Kontakt untereinander aufrecht.

### **So meistern wir die Krise – Aktion soll motivieren**

Anderen Mut machen wollte auch die Redaktion der SoVD-Zeitung. Sie rief die Mitglieder dazu auf, sich an der Aktion „Gemeinsam durch die Krise“ zu beteiligen. Schnapp-



Foto: Aron M - Austria / Adobe Stock

**Die Auswirkungen des Coronavirus spüren auch schon die Kleinsten.**

schüsse („Selfies“) sollen dabei Alltagssituationen abbilden oder auch Ideen teilen, wie sich Menschlichkeit trotz Quarantäne leben lässt. Die Bilder sollen vor allem eine Botschaft transportieren: Niemand wird allein gelassen. Bundesweit stieß diese Aktion als richtiges Signal in Zeiten der Krise auf großen Zuspruch. Wenn Sie sich an „Gemeinsam durch die Krise“ beteiligen möchten, finden Sie weitere Informationen am Ende dieses Artikels. Zuvor jedoch stellen wir einige der bisherigen Einsendungen vor.

#### Bei Redebedarf hilft das „Wohlfühltelefon“

Rita Wegg leitet den Ortsverband Kirchweyhe in Niedersachsen. Das Organisationstalent hat sich in der Vergangenheit bereits an zahlreichen Kampagnen beteiligt. Aktuell hat Rita Wegg ein „Wohlfühltelefon“ ins Leben gerufen. Dort können sich Menschen melden, die allein sind und denen zu Hause „die Decke auf den Kopf fällt“.



#### Statt einer Feier gab es Lebensmittel für Bedürftige

Ursprünglich wollte der Ortsverband Veldhausen in diesem Jahr sein 60-jähriges Bestehen feiern. Doch das Coronavirus machte diesem Vorhaben einen Strich durch die Rechnung. Der Vorstand entschied kurzerhand, das für das Jubiläum vorgesehene Geld anderweitig zu investieren. Der Ortsverbandsvorsitzende Hans-Dieter Wolters ist stolz, dass es auf diese Weise gelang, zwei Paletten mit lang haltbaren Lebensmitteln zu kaufen. Diese Spende ging an den „Brotkorb“ der Diakonie in Neuenhaus. Von dort wurden die Lebensmittel an Bedürftige weitergegeben.

Foto: Hans-Dieter Wolters / Ortsverband Veldhausen

**Das Jubiläum im Ortsverband Veldhausen musste infolge der Corona-Pandemie zwar entfallen. Doch dafür konnte ein ganzer Transporter voller Lebensmittel an Bedürftige gespendet werden.**

### In Wolfsburg unterstützt ein mobiler Einkaufsdienst

Auch der Kreisverband Wolfsburg engagiert sich und beweist trotz des gebotenen Abstandes Nähe. So hält etwa der Vorstand per Telefon weiterhin Kontakt zu den Mitgliedern der Ortsverbände. Zudem nähen Helfende Behelfsmasken als Infektionsschutz, die dann unter anderem an das Deutsche Rote Kreuz gespendet werden.



Fotos: Carmen Meyer / Kreisverband Wolfsburg

Carmen Meyer, Schatzmeisterin im SoVD-Kreisverband Wolfsburg, liefert mit dem Fahrrad Lebensmittel aus. Siegfried Otto freut sich und nimmt seinen Einkauf gerne entgegen.

Handfeste Unterstützung im Alltag bietet auch ein mobiler Boten- und Einkaufsdienst. Die Lieferung erfolgt wöchentlich per Fahrrad. Auf diese Weise wird der Kontakt zu Mitgliedern gehalten, die andernfalls in der Krise auf sich alleine gestellt wären.



### Restaurantchef kocht für wohnungslose Frauen

Armin Dötsch ist Mitglied im Bundesvorstand und im Vorstand des Landesverbandes Berlin-Brandenburg. Vor allem aber ist er Inhaber und Chefkoch des Restaurants „Ännchen von Tharau“ im Haus der Bundesgeschäftsstelle in Berlin. In der Hauptstadt zeigen sich soziale Gegensätze oftmals besonders deutlich – erst recht während der Coronakrise. Für Dötsch und sein Team war es daher selbstverständlich, dass sie in dieser Zeit anderen helfen.

Der Küchenchef kocht weiterhin täglich für seine Gäste, wenngleich er diese momentan nur außer Haus versorgen darf. Ebenfalls täglich von Armin Dötsch bekocht werden derzeit rund 20 wohnungslose Frauen. Die fertigen Gerichte liefert der Gastronom dann persönlich an die Frauenhäuser aus.

**Ännchen  
von Tharau**

### Unterstützen Sie die SoVD-Aktion!

Auch Sie können sich an der Aktion „Gemeinsam durch die Krise“ beteiligen. Machen Sie hierfür einfach ein Foto, das zeigt, wie Sie individuell mit den Einschränkungen umgehen und Ihren Alltag gestalten. Dieses schicken Sie dann mit einer kurzen Erklärung per E-Mail an: [redaktion@sovd.de](mailto:redaktion@sovd.de). Wir freuen uns auf Ihre Beteiligung!

Foto: Joachim Baars / SoVD

**Armin Dötsch betreibt das Restaurant „Ännchen von Tharau“. Mit seinem Team unterstützt er seit Beginn der Krise wohnungslose Frauen und liefert jeden Tag rund 20 fertige Gerichte aus.**

Medienstaatsvertrag trotz SoVD-Kritik verabschiedet – EU-Strafverfahren droht

## Barrierefrei auf allen Kanälen

Die Bundesländer haben neuen Medienstaatsvertrag beschlossen. Aus Sicht des SoVD fehlen darin klare Regeln für mehr Barrierefreiheit in den Medien, sodass ein EU-Vertragsverletzungsverfahren droht. Der SoVD setzt sich gemeinsam mit anderen Verbänden in Brüssel für Nachbesserungen ein.

Für die gesellschaftliche Teilhabe ist wichtig, dass alle Menschen Zugang zu Medien haben und sich über ihre Umwelt informieren können. Doch in der Realität sind vor allem Menschen mit Behinde-

rungen immer wieder auch vor dem Bildschirm mit Barrieren konfrontiert. Für den SoVD ist es ein Anliegen, diese abzubauen. Auf der letzten Bundesverbandstagung wurden mehrere dahingehende Beschlüsse gefasst.

Auch die Europäische Union kümmert sich um das Thema und hat die Mediendienst-Richtlinie (AMVD-Richtlinie) erlassen. Darin ist festgeschrieben, dass der private und öffentliche Rundfunk in den Mitgliedsländern mehr

Foto: Screenshot [www.wdrmaus.de](http://www.wdrmaus.de)

**„Und das war barrierefrei.“ Der WDR bietet die Sendung mit der Maus mit Audio-deskription und Gebärdensprache an.**

barrierefreie Inhalte bereitstellen. Dazu gehören beispielsweise Angebote mit Audiobeschreibung für Sehbehinderte, Untertitel für Hörbehinderte oder die Vermittlung von Informationen in einfacher Sprache. Gerade in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig für alle zugängliche Informationen sind.

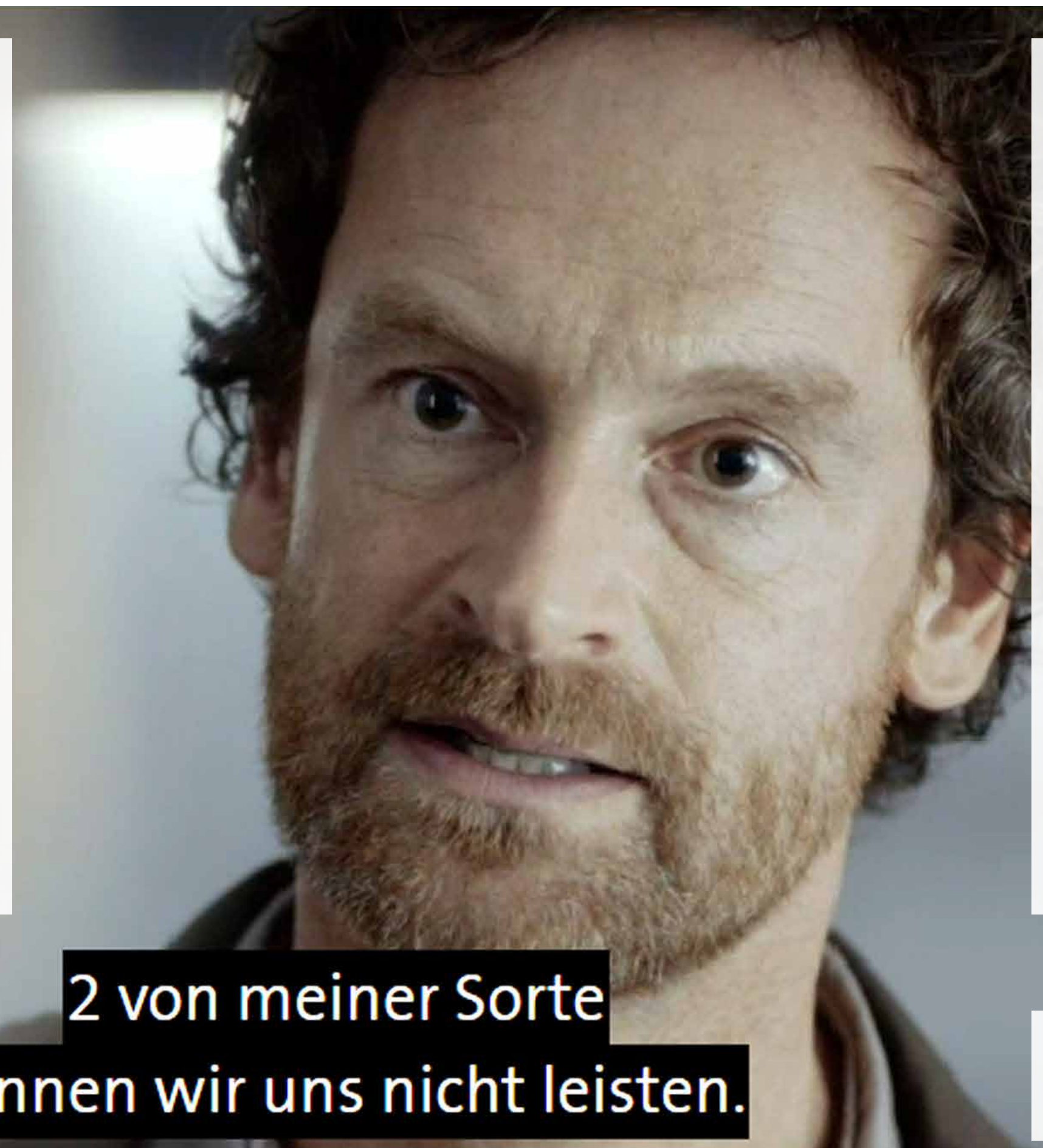
Im neuen Medienstaatsvertrag gibt es dazu kaum Maßnahmen, dennoch haben die Länder ihn verabschiedet. Mit Unterstützung des Bundesverbandes haben mehrere SoVD-Landesverbände zuvor auf diese Mängel hingewiesen. Aus Sicht des SoVD muss der Vertrag dringend überarbeitet werden, um den Standards zu genügen. Andernfalls droht ein EU-Vertragsverletzungsverfahren.

Der Verband fordert, alle Rundfunk- und Fernsehanbieter zu verpflichten, Aktionspläne für Barrierefreiheit zu erstellen und

fortzuschreiben. Zudem sollte es konkrete Quoten für Angebote ohne Zugangsbeschränkungen für die einzelnen Anbieter geben. Bei Ereignissen von großer gesellschaftlicher Relevanz oder bei Informationen zu Katastrophen und Notfällen verlangt der SoVD, dass diese stets barrierefrei gesendet werden.

Um einen inklusiven Rundfunk zu erreichen, sollte klar definiert sein, was als barrierefreies Angebot gilt. Zusätzlich sollten eine Informations- und Beschwerdestelle sowie Sanktionen eingeführt werden, um gegen die Nichtbeachtung der Barrierefreiheit vorgehen zu können.

Der SoVD wird weiter für barrierefreie Medien kämpfen und gemeinsam mit Behindertenverbänden bei der EU-Kommission auf Veränderungen am Medienstaatsvertrag drängen.



**2 von meiner Sorte  
können wir uns nicht leisten.**

Foto: Screenshot/WDR

Durch Videotext-Untertitel werden unter anderem auch Tatort-Krimis für Hörgeschädigte nutzbar gemacht.

**SoVD fordert bei der Bekämpfung der Krise eine gerechte Verteilung der Lasten**

## **Solidarität ist das Gebot der Stunde**

Die aktuelle Situation zeigt, wie wichtig der gesellschaftliche Zusammenhalt ist. Auch der SoVD trägt mit seinen 600.000 Mitgliedern und Tausenden ehrenamtlich Engagierten in ganz Deutschland dazu bei, die Krise gemeinsam zu bewältigen. Der Verband unterstützt die Initiativen der Bundesregierung, warnt jedoch auch davor, die Lasten der Krise einseitig den Schwächeren aufzubürden.

Die Menschen in Deutschland unterstützen in den letzten Wochen mehrheitlich die von den politisch Verantwortlichen getroffenen Entscheidungen und nahmen dabei auch gravierende Einschränkungen ihrer Grundrechte verständnisvoll hin. All diese Maßnahmen dürfen auf keinen Fall länger als unbedingt nötig aufrechterhalten werden. Darüber, wie die Lasten verteilt werden und wer staatliche Hilfen in welcher Höhe benötigt, sollte angemessen diskutiert werden. Auch hier ist Solidarität das Gebot der Stunde.



Foto: Halfpoint / Adobe Stock  
**Menschen ohne Wohnung, die auf der Straße leben, trifft die derzeitige Krise besonders hart.**

### **Besonderer Schutz für Schwächere der Gesellschaft**

Der SoVD vertritt die Interessen vieler, die bereits vor der aktuellen Krise benachteiligt waren: arbeitslose Menschen, arme Menschen, kranke oder pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderungen und Rentner\*innen. Sie müssen in der aktuellen Situation besonders geschützt werden. Die zentrale Forderung des SoVD fällt daher unmissverständlich aus: „Krisenlasten nicht einseitig den Schwächeren aufbürden!“ Doch auch in Detailfragen hat sich der Verband positioniert.

### **Höhere Ausgaben im Bereich der Grundsicherung**

Der Verzicht auf eine Vermögensprüfung erleichtert derzeit den Bezug von Leistungen der Grundsicherung. Hier darf es jedoch auch nach der Krise nicht zu Rückforderungen kommen. Angesichts steigender Ausgaben für Energie, Lebensmittel und Hygieneartikel fordert der SoVD eine sofortige Anhebung der Regelsätze. Zudem sind bestehende Sanktionen gänzlich

auszusetzen, da Betroffene ihre Mitwirkung derzeit nicht hinreichend nachweisen können.

### **Versorgung wohnungsloser und obdachloser Menschen**

Zu den außerordentlich gefährdeten Personengruppen gehören insbesondere wohnungs- und obdachlose Menschen. Ihre Grundversorgung muss unbedingt gewährleistet werden – etwa durch eine Unterbringung in Hostels oder Jugendherbergen sowie durch das Auszahlen von Leistungen im Supermarkt.

Foto: Polonio Video / Adobe Stock

**Praktische Nächstenliebe: Das Tragen eines Mundschutzes bewahrt möglicherweise andere vor einer Ansteckung.**





### **SoVD fordert mehr Unterstützung für die Pflege**

Die Hilfs- und Rettungsmaßnahmen der Regierung müssen pflegende Angehörige miteinbeziehen. Sie sind derzeit vielfach gezwungen, die Pflege selbst zu übernehmen, und erleiden dadurch Gehaltseinbußen. Der SoVD regt daher an zu prüfen, ob das Pflegegeld vorübergehend deutlich angehoben werden kann. Denkbar wäre auch, für pflegende Angehörige an die Regelungen zum Kurzarbeitergeld anzuknüpfen.

Zudem fordert der SoVD eine Ausweitung des Pflegeunterstützungsgeldes, dessen Verlängerung der Bund finanzieren sollte.

Die Einschränkungen beim Pflege-TÜV oder auch bei der Bemessung des Pflegepersonals sind nachvollziehbar, bergen aber auch gesundheitliche Gefahren für pflegebedürftige Menschen. Daher dürfen diese Maßnahmen nicht länger als unbedingt notwendig erfolgen.

### **Behinderte Menschen umfangreich schützen**

Menschen mit Behinderungen sind eine besonders verletzte

Personengruppe. Gerade in Einrichtungen der Eingliederungshilfe sollten daher besondere Schutzmaßnahmen gegen Infektionen ergriffen und finanziert werden. Schutzkleidung, Masken und Desinfektionsmittel müssen dort uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Informationen zur Coronakrise sollten zudem konsequent barrierefrei verfasst sein, also auch in Leichter Sprache und in Gebärdensprache.



Foto: Anke Thomass / Adobe Stock

**Auf Zuspruch und aktive Unterstützung sind vor allem ältere Menschen angewiesen, zumal wenn diese allein leben.**

**Anerkennung für jene, die in der Krise anderen helfen**

Der SoVD begrüßt geplante Zulagen oder Sonderzahlungen an besonders belastete Berufsgruppen, beispielsweise Pflegekräfte und Personal im Einzelhandel. In vielen dieser derzeit für die Bewältigung der Krise besonders wichtigen Berufe sind überwiegend Frauen tätig. Sie sichern die Versorgung der Gesellschaft. In diesen Zeiten wird daher in besonderer Weise sicht-

bar, wie wertvoll ihre Arbeit ist. Nach Ansicht des SoVD muss sich diese Leistung – über symbolische Gesten hinaus – künftig in besserer Entlohnung, besseren Arbeitsbedingungen und besserer gesellschaftlicher Anerkennung widerspiegeln. Unsere Gesellschaft ist derzeit mehr denn je auf Zusammenhalt angewiesen. Der SoVD zollt daher allen, die bei der Bewältigung der Krise mitwirken, tiefe Anerkennung, Respekt und Dank.



Ich bin gerne  
für Sie da!

Foto: photonews.at / imago images

**Unzählige Menschen in Deutschland sind füreinander da und beweisen gerade in Zeiten der Krise eine enorme Solidarität.**

**Kommissionsbericht: SoVD begrüßt Verzicht auf höheres Eintrittsalter und kritisiert niedriges Rentenniveau**

## Überlegungen zur Rentenpolitik ab 2025

Der lang erwartete Bericht der Rentenkommission liegt vor. Darin sind Vorschläge versammelt, wie die gesetzliche Rente nach 2025 aufgestellt werden kann. Der SoVD lobt einige der Konzepte, wünscht aber an manchen Stellen konkretere Vorschläge und ein insgesamt höheres Rentenniveau.

Die von Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD) 2018 eingesetzte Rentenkommission hat eine undankbare, aber enorm wichtige Aufgabe: Da das derzeitige Rentenniveau nur bis zum Jahr 2025 garantiert ist, sollte die Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ über diesen Zeithorizont hinausdenken und Lösungen für Fragen wie den demografischen Wandel und die Finanzierbarkeit des Rentensystems finden. Geleitet wurde die Kommission von Gabriele Lösekrug-Möller (SPD) und Karl Schiewerling (CDU). Weitere Mitglieder der Kommission

Foto: diego cervo / Adobe Stock

**Schlechte Karten für Rentnerinnen und Rentner? Nach dem Kommissionsbericht wird das Rentenniveau unter 50 Prozent bleiben.**

waren Vertreter\*innen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD, Vertreter\*innen aus der Wissenschaft sowie von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite. Ständige Gäste waren Gundula Roßbach, Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund, und Staatssekretär Dr. Rolf Schmachtenberg vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. In die Arbeit der Kommission wurde auch die Expertise von Sozialverbänden, wie dem SoVD, Betroffenenverbänden und Interessenvertretungen einbezogen. Ende März hat die Kommission ihren Bericht an die Bundesregierung übergeben.

### **Keine Erhöhung der Regelaltersgrenze**

Der SoVD begrüßt ausdrücklich, dass das Papier keine Anhebung der Regelaltersgrenze über 67 Jahre hinaus empfiehlt und die Verpflichtung zu einer zusätzlichen Altersvorsorge neben der gesetzlichen Rente kein Thema ist. „Für viele ist die gesetzliche Rente die einzige Einnahmequelle im Alter. Aufgrund niedriger Löhne, gebrochener Erwerbsbiografien und

Teilzeitarbeit fehlt ihnen oftmals das Geld, um zusätzlich vorzusorgen. Das gilt insbesondere für Frauen“, so SoVD-Präsident Adolf Bauer in einer Reaktion auf den Bericht. Damit ebne die Kommission den Weg für die weitere Arbeit.

Foto: auremar / Adobe Stock  
**Wer eine niedrige Rente erhält, muss auch im Alter noch Geld dazuverdienen**



Zuspruch vom SoVD gibt es für die Beschlüsse im Bereich Prävention und Rehabilitation. Darin sieht die Kommission wichtige Bausteine, um längere Erwerbsverläufe zu ermöglichen. Als mögliche Maßnahmen nennt die Kommission die Sicherstellung von wohnortnahen Rehaangeboten und die Finanzierung von Rehabilitationsleistungen auch in der Grundsicherung, wo dieser Anspruch deutlich seltener umgesetzt wird als bei Beziehenden von Arbeitslosengeld I.

Um die Verlässlichkeit der Rente zu garantieren, schlägt die Kommission die Einführung von Haltelinien für die Zeit nach 2025 vor. So soll das Rentenniveau zwischen 44 und 49 Prozent liegen und der Beitragssatz zwischen 20 und 24 Prozent. Der SoVD kritisiert, dass dies zu niedrig sei und das momentane Niveau von 48 Prozent unterschritten werde. Der Verband schlägt vor, das Niveau bei 50 Prozent zu stabilisieren und perspektivisch auf 53 Prozent zu erhöhen, wovon vor allem Geringverdienende profitieren würden.

### Wenig konkrete Maßnahmen für den Arbeitsmarkt

Im Bericht finden sich arbeitsmarktpolitische Überlegungen, die sich mit der Steigerung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung auseinandersetzen. Ziele sind eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen, Menschen mit Behinderungen und Älteren. Weiterhin empfehlen die Autor\*innen, Beschäftigten ein langes und gesundes Arbeiten zu ermöglichen. Vorschläge für konkrete Maßnahmen sind allerdings kaum enthalten. Aus Sicht des SoVD wäre ein klares Bekenntnis zu einer besseren Berücksichtigung von Zeiten der Pflege sinnvoll gewesen. Außerdem fordert der SoVD die Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, die Einführung eines individuellen Rechts auf Aus- und Weiterbildung sowie die Anhebung und Dynamisierung des Mindestlohns auf ein armutsfestes Niveau.

Foto: Mihailo / Adobe Stock

**Positiv aus Sicht des SoVD ist, dass die Regelaltersgrenze von 67 Jahren zunächst nicht angehoben werden soll.**

**meravis unterstützt in der Krise – hundertprozentige Tochtergesellschaft des SoVD**

## Hilfe bei Mietverzügen durch Corona

Die meravis Wohnungsbau- und Immobilien GmbH schafft seit über 70 Jahren Wohnraum und berücksichtigt dabei insbesondere Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen sowie Menschen mit Behinderung, Senior\*innen und kinderreiche Familien. Sie vermietet an Wohngruppen für Menschen mit Handicap, betreibt betreute Wohnanlagen und besitzt mehrere Sozialimmobilien. Aktuell, in Zeiten großer Verunsicherung, setzt das Unternehmen alles daran, das Zuhause als einen sicheren Zufluchtsort zu schützen.

Der meravis ist es ein großes Anliegen, Lösungen für diejenigen Mieter\*innen zu finden, die durch die Coronakrise in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind. Laut meravis-Geschäftsführer Matthias Herter sind über die gesetzlichen Regelungen hinaus für das gesamte Jahr 2020 weder Mieterhöhungen noch fristlose Kündigungen oder gar Vollstreckungen von Räumungsklagen vorgesehen (siehe Interview). Auf Anfrage finden Mieter\*innen, die durch Covid-19

in Mietverzug geraten sind, schnelle und kulante Unterstützung.

### **meravis setzt auf Nachbarschaftshilfe**

Zu den Hilfestellungen gehören auch weiterführende Beratungsleistungen. So werden Kund\*innen, die wegen Kurzarbeitergeldes oder staatlicher Transferleistungen Schwierigkeiten haben, ihre Miete zu zahlen, auf die für den jeweiligen Wohnort zuständige Wohngeldstelle aufmerksam gemacht.



Foto: meravis

**Fristlose Kündigungen und Vollstreckungen von Räumungsklagen wird es bei der meravis in Zeiten von Corona nicht geben. Das Unternehmen versucht, das Zuhause als sicheren Zufluchtsort zu schützen.**

Häufig hilft Betroffenen in der Akutsituation bereits die Information, dass etwa das Bundesland Hamburg die vollständigen Mietzahlungen für sechs Monate übernimmt, wenn der Job wegen der Coronakrise verloren gegangen ist.

Auf der meravis-Website finden Mieter\*innen zudem ausführliche Antworten und Orientierungshilfen zu häufig gestellten Fragen.

Auch auf nachbarschaftliche Hilfe und Solidarität setzt das Unternehmen in Zeiten von Covid-19. In vielen Häusern der meravis hängen Listen aus, in denen Mieter\*innen sich gegenseitig Unterstützung anbieten können – sei es, den Hund Gassi zu führen oder Einkäufe zu erledigen. Gerade ältere Menschen sowie Vorerkrankte, aber auch Eltern mit jungen Kindern benötigen derzeit besondere Fürsorge. Menschen, die ihre Wohnung nicht verlassen dürfen, sind aufgefordert, eine Nachricht mit Namen, Telefonnummer und Unterstützungswunsch an die eigene Wohnungstüre zu kleben.



### **SoVD-Tochtergesellschaft finanziert Sozialwohnungen**

Grundsätzlich sieht die meravis in der Bereitstellung von gutem und bezahlbarem Wohnraum einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und Teilhabe. Um einer weiteren Verschärfung auf dem Wohnungsmarkt entgegenzuwirken, setzt sie dabei auf einen ausgewogenen Wohnraum-Mix. Auf diese Weise kann das Unternehmen die wirtschaftliche Finanzierungsgrundlage unter anderem für Sozialwohnungen gewährleisten. Die meravis besteht aus eigenständig agierenden Unternehmen in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. Hundertprozentige Muttergesellschaft ist der SoVD.

Foto: meravis

**Geschäftsführer Matthias Herter möchte – gemeinsam mit den Mitarbeitenden der meravis – dafür sorgen, dass das Zuhause von Menschen auch in der Coronakrise ein sicherer Ort bleibt.**

Mit spitzer Feder

# Feiertage im Wandel der Zeit



## Impressum

Das Online-Magazin erscheint monatlich in Ergänzung zur Mitgliederzeitung „Soziales im Blick“. Gelesen werden kann es online unter [www.sovd.de](http://www.sovd.de) sowie (mit Zusatzfunktionen) über die App „SoVD Magazin“. Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD), Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, E-Mail: [redaktion@sovde.de](mailto:redaktion@sovde.de), Telefon: 030/72 62 22 – 0. Redaktion: Veronica Sina (verantwortlich), Joachim Baars, Brigitte Grahl, Sebastian Triesch, Denny Brückner, Eva Lebenheim.